



© BR/Tobias Brunner



11.01.2020, 18:37 Uhr



Raus aus der Stadt: Parken gegen den Verkehrskollaps

Viele Innenstädte quellen über vor Autos. Planer und Politiker arbeiten deshalb intensiv daran, den Verkehr zu reduzieren. Ein Ansatzpunkt: Parkplätze. Diese müssten weniger werden und deutlich mehr kosten, fordern Experten.



Vor der Haustüre ins Auto steigen, zum Ziel fahren und dort wieder entspannt parken – wer ein eigenes Auto besitzt, schätzt den Komfort und die Flexibilität. Doch mehr als die Hälfte aller Fahrzeuge in den Städten sind eigentlich "Stehzeuge": Laut Schätzungen stehen sie den ganzen Tag nur herum, ohne bewegt zu werden. Und wenn doch, dann oft nur für kurze Wege – was die Straßen zusätzlich verstopft, wie viele in Städten wie München, Nürnberg oder Regensburg täglich erleben.

Verkehrs- und Städteplaner fordern deshalb schon länger, an einer entscheidenden Stellschraube zu drehen: den Parkangeboten in den Städten. "Es bringt nichts zu appellieren, 'verhaltet euch umweltfreundlicher', wenn ich nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen gesetzt habe. Und am wichtigsten ist da der Preis", sagt Harald Kipke, Verkehrsforscher an der Technischen Hochschule Nürnberg.

sind, ihr Auto abzugeben und Alternativen wie Fahrrad, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing zu nutzen, so die Logik.

Gratis-Parkplätze für Mitarbeiter abschaffen?

Diesen Gedanken überträgt Harald Kipke aber längst nicht nur auf die Parkplätze, die sich gegen Gebühr am Straßenrand nutzen lassen. "Warum soll ich auf mein Auto verzichten, wenn ich einen kostenlosen Parkplatz von meinem Arbeitgeber bekomme?" Genau den bieten jedoch viele Unternehmen ihren Mitarbeiter an – auch der Freistaat Bayern.

Vorschlag: Parkausweise für Anwohner teurer machen

In eine ähnliche Kerbe schlügen vor kurzem auch der Städtetag und der Automobilverband VDA beim Thema Anwohnerparkausweise. Bislang dürfen diese maximal 30,70 Euro pro Jahr kosten. Der Städtetag brachte nun eine Erhöhung auf jährlich bis zu 200 Euro ins Spiel, der VDA eine Staffelung nach Einkommen.

Das Geld könnte einerseits in die Verwaltung fließen, aber auch genutzt werden, um Radwege sowie Bus- und Bahnnetz auszubauen – ein wichtiger Schritt, sagt auch Harald Kipke: Schließlich müsse es gleichzeitig attraktive Alternativen zum Auto geben, wenn das Parken deutlich teurer werden solle.

Parkplatzverknappung kann Autoverkehr reduzieren

Der Verkehrsrecher sieht neben dem Preis aber noch einen zweiten Hebel: den Platz. "Unsere Straßen sind durch die 60er bis 80er Jahre geprägt, da wird eine erwünschte Dominanz des Autoverkehrs sichtbar", sagt Kipke. Hier greift wieder dieselbe Logik wie beim Preis: Weniger Platz für Autos und Parkplätze könnte den Umstieg fördern – und letztlich den Verkehr in den Innenstädten reduzieren.

Gesetzesvorschlag: Höheres Bußgeld für Falschparker

Wo jedoch der Platz umverteilt wird, sind Konflikte programmiert – zwischen Auto- und Radfahrern, aber auch unter Autofahrern. Das Bundesverkehrsministerium plant deshalb, bestimmte Vergehen in Zukunft härter zu ahnden. Im November hat es dafür einige Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht.

Demnach soll beispielsweise das Halten in zweiter Reihe oder auf Radwegen in Zukunft mit bis zu 80 Euro und einem Punkt bestraft werden. Bisher waren dafür nur Bußgelder von 20 bis 30 Euro vorgesehen. Auch wer unrechtmäßig Behinderten-, E-Auto-Parkplätze oder Feuerwehrzufahrten blockiert, soll künftig stärker zur Kasse gebeten werden.

Über den Vorschlag des Ministeriums wird der Bundesrat voraussichtlich Mitte Februar entscheiden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Selbst wenn die strenger Regeln kommen, müssen sie in der Praxis immer noch kontrolliert werden – und dafür braucht es ausreichend Personal.

"Darüber spricht Bayern": Der neue BR24-Newsletter informiert Sie immer montags bis freitags zum Feierabend über das Wichtigste vom Tag auf einen Blick – kompakt und direkt in Ihrem